

II-2893 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 40.271/43-6a/91

1010 Wien, den
 Stubenring 1
 Telefon (0222) 711 00
 Telex 111145 oder 111780
 Telefax 7137995 oder 7139311
 DVR: 0017001
 P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
 Auskunft

1131 IAB

1991 -07- 15

zu 10791J

Klappe

Durchwahl

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dipl.Soz.Arb. Srb
 und FreundInnen vom 14. Mai 1991, Nr. 1079/J,
 betreffend die Einstellung von behinderten Men-
 schen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz im
 Bereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Es trifft leider zu, daß auch der öffentliche Dienst - legt man eine durchschnittliche Betrachtung zugrunde - der im Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG) verankerten Beschäftigungspflicht nur in unbefriedigendem Ausmaß nachkommt. Ich darf allerdings einleitend auch darauf hinweisen, daß in meinem Ressort weit mehr behinderte Menschen arbeiten als dies der gesetzlichen Einstellungsverpflichtung entsprechen würde.

Fragen:

- 1) "Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich Ihres Ministeriums für 1991?"
- 2) "Wie hoch ist die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen in dem unter Punkt 1) angeführten Bereich im Kalenderjahr 1991?"
- 3) "Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen in Ihrem Bereich für 1991?"

- 2 -

Antwort:

Zu diesen Fragen erlaube ich mir, auf die beiliegende Aufstellung über die Erfüllung der Einstellungspflicht des BEinstG durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum Stichtag 1. März 1991 zu verweisen.

Frage:

4) "Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, die für den Bereich Ihres Ministeriums im Jahr 1990 an den Ausgleichstaxfonds geleistet werden mußte?"

Antwort:

Zu diesem Punkt darf ich auf die Beantwortung Ihrer an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Anfrage zum selben Thema (Nr. 979/J) hinweisen.

Frage:

5) "Sind Sie als der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständige Bundesminister bereit, sich verstärkt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Bundes einzusetzen, etwa durch gezielte Aufklärungs- und Informationsarbeit im Bereich der anderen Ministerien?
Wenn nein, warum nicht?"

Antwort:

Selbstverständlich bemühe ich mich darum, daß im Bereich sämtlicher Bundesministerien den Vorschriften des BEinstG noch stärker als bisher Rechnung getragen wird und daß vermehrt schwerbehinderte Menschen in den Bundesdienst aufgenommen werden.

Frage:

6) "Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vergangenen Jahr gesetzt?"

Antwort:

Zunächst möchte ich die im Jahr 1990 erfolgte Erweiterung der Förderungsmöglichkeiten erwähnen, die das BEinstG Dienstgebern

- 3 -

bietet, welche behinderte Menschen beschäftigen. Mit dieser Maßnahme soll der Anreiz für alle Dienstgeber - und damit auch für die Republik Österreich - vermehrt behinderte Arbeitnehmer einzustellen, verstärkt werden.

Speziell für den Bereich des Bundes darf ich als Erfolg vermerken, daß im Stellenplan für das Jahr 1991 nunmehr 200 zusätzliche Planstellen für behinderte Menschen vorgesehen sind. Damit wurde die Anzahl der Behindertenplanstellen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

Fragen:

- 7) "Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in dieser Causa setzen?"
- 8) "Wann werden Sie diese konkreten Maßnahmen setzen?"

Antwort:

Um die Zahl der beim Bund beschäftigten behinderten Menschen anzuheben, hat bereits mein Amtsvorgänger Schreiben an alle Bundesminister gerichtet, in denen unter Hinweis auf die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes um eine vermehrte Einstellung Behindeter ersucht wurde.

Außerdem habe ich die Landesinvalidenämter beauftragt, die Dienstgeber noch stärker als bisher über die Förderungsmöglichkeiten, die das BEinstG bei der Beschäftigung behinderter Menschen bietet, zu informieren. Darüberhinaus habe ich Gespräche mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geführt und sie um ihre Mitwirkung bei der Anhebung der Zahl der in Beschäftigung stehenden Behinderten ersucht.

Der Bundesminister:

